LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21599**

06.10.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Bundesratsinitiative für die solidarische Bürgerversicherung starten!

I. Ausgangslage

Bundeskanzler Friedrich Merz hat das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung gegenwärtig als Gerechtigkeitsproblem bezeichnet.[1] Angesichts steigender Gesundheits- und Pflegekosten, einer alternden Gesellschaft und wachsender Anforderungen an die gesundheitliche Versorgung ist die Frage einer nachhaltigen und solidarischen Finanzierung dringlicher denn je. Eine solidarische Bürgerversicherung, die die SPD-Fraktion seit Langem fordert, ist nun auch auf bundespolitischer Ebene ein realistisches Szenario geworden. Wir setzen auf ein solidarisches System einer Bürgerversicherung, das allen Menschen gleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen in gleicher Qualität ermöglicht.

Das bestehende Nebeneinander verschiedener Versicherungssysteme führt zu Ungleichheiten beim Zugang zu medizinischen Leistungen und belastet die Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zunehmend. Wenn selbst der Bundeskanzler Handlungsbedarf erkennt, darf Nordrhein-Westfalen diese Chance nicht ungenutzt lassen, insbesondere weil Friedrich Merz sich auf den NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann direkt bezieht. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Debatte aktiv mitzugestalten und über den Bundesrat einen Reformprozess anzustoßen.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- das getrennte Nebeneinander verschiedener Versicherungssysteme – von gesetzlicher und privater Krankenversicherung – zu Ungleichheiten in der gesundheitlichen Versorgung führt,

- eine solidarische Bürgerversicherung geeignet ist, die Finanzierungsbasis der Krankenversicherung zu verbreitern und mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen zu schaffen.

[1] https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlen-in-berlin-und-mecklenburg-vorpommern-hohe-wahlbeteiligung-zeichnet-sich-ab-a-69aea6a5-b618-4d80-99c2-87575ce49412?sara_ref=re-so-app-sh

Datum des Originals: 06.10.2026/Ausgegeben: 06.10.2026

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

unverzüglich eine Bundesratsinitiative für die Einführung eines Versicherungssystems für alle in Deutschland und für die Beseitigung der durch das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung entstehenden Ungerechtigkeiten beim Zugang zu Leistungen zu starten.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade

und Fraktion